

zuständige Behörde jedem Parteifunktionär oder Angestellten einer politischen Partei die weitere Ausübung seiner Funktion verbieten kann, wenn dieser eine „anständige Tätigkeit“ ausübt. Anständige Tätigkeit in der Tschechoslowakei. Ein Ärgernis ist es ja schon den Gendarmen dieses Staates, der 3½ Millionen Deutsche zu seinen Bürgern zählt und sich ihrer bei der Ausstellung der Steuerlisten mit besonderer Verachtung erinnert, wenn irgendwo jemand ein ganz unpolitisches, harmloses deutsches Volkstheater gibt. Nicht einmal die schlichte Böhmer-Wald-Weste: „Wenn ich der Deinat grüne Auen...“ findet Gnade, während man anderseits billigt, daß tschechische Soldaten durch rein deutsche Ortschaften ziehen und schranken- und wahllos ihre Bevölkerung gegen die Deutschen schmettern. Nun gebt es aber zum Beispiel jeder Oppositionspartei, daß sie „Anstand“ erkennt, denn sie steht in Kritik an dem, was ihr nicht richtig erscheint. Tritt der neue Gesetzesentwurf in Kraft, so bietet er der Bürokratie die Möglichkeit, durch ständiges „Anstandsnehmen“ jede Opposition zu ersticken. Dazu kommt, daß die Parteifunktionäre und Parteigefeststellungen von der Partei ihre Gehälter beziehen, von denen sie leben müssen. Wird ein solcher Parteigefeststeller überhaupt noch seine Meinung zu sagen wagen, wenn das Stirntunzeln eines Gendarmen bestreit genügt um ihn brotlos zu machen?

Man braucht aber gar nicht einmal Funktionär zu sein, um bereits die Segnungen der tschechischen Demokratie am eigenen Leibe empfinden zu müssen. Der Paragraph 25 nämlich des neuen Entwurfs sieht vor, daß ein Mitglied einer politischen Partei, das eine „anständige“ Tätigkeit entwidelt, durch die Bezirksbehörde einschränkende Bestimmungen unterworfen werden kann. Zu diesen „einschränkenden Bestimmungen“ gehören Beschlagnahmen und Verbrennen von Briefen, Zensur von Telegrammen, Ausweisungen aus bestimmten Gebieten, Polizeiaufsucht und ähnliche Maßnahmen, so daß jedes „anständige“ Parteimitglied in seiner bürgerlichen Existenz bedroht wird. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür, was bei tschechischen Behörden als „anständig“ betrachtet wird, wurde gerade in diesen Tagen bekannt. In der Tschechoslowakei erhalten Bedürftige sehr billige Ämter. Allerdings nur, wenn sie einer marxistischen Partei angehören. Nun legte ein Sudetendeutscher der Bezirksbehörde eine Erklärung vor, in der er Gerechtigkeit bei der Ausde-

teilung forderte. Der Erfolg war, daß über ihn eine Polizei strafe von 500 Kronen verhängt wurde, und zwar mit der Begründung, er habe sich ungern benannt, denn er habe nicht zu „sindern“, sondern zu „blitzen“. Wenn schon eine Petition zu einer Strafe führt, wieviel mehr Aussicht muß da jede Versammlungsrede, ja jede Ausführung, in der die Politik der Regierung oder die Zustände in der Tschechoslowakei kritisieren wird, erregen!

Das alles weiß man natürlich sehr genau auch an den entscheidenden Regierungssitzeln. Ebenso weiß man aber, daß das neue Gesetz, wenn es in Kraft tritt, nicht etwa gegen tschechische Parteien angewandt werden wird, sondern gegen die Ungarn, Polen, Slowaken, vor allem aber gegen die Sudetendeutschen. Der Entwurf, den man jetzt dem Parlament vorzulegen wagt, steht in krassem Widerspruch zu den in schönen Reden oft betonten Absichten tschechischer

Minister, mit den Minderheiten endlich zu einem besseren Verhältnis zu kommen. Wieder enttäuscht sich, daß das alles nur Versprechungen sind, die man zum Feuer hinaus wegen ihres guten Eindrucks macht. Man kann sich den ungeheuerlichen Inhalt der Vorlage nur so erklären, daß die Regierung nach neuen gesetzlichen Handhaben sucht, um in Zukunft noch brutaler und noch willkürlicher gegen die Minderheiten vorgehen zu können. Dabei muß man sich immer vor Augen halten, daß diese „Minderheiten“ in Wahrheit gar keine Minderheiten sind, sondern zusammengekommen die Zahl der Tschechen übertrifft. Die Tschechoslowakei ist kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätsstaat, und zwar ein solcher, in dem das friedliche Zusammenleben nicht gefördert wird, sondern die eine Nationalität bestrebt ist, die anderen diktatorisch zu vergewaltigen. Das ist in Wahrheit das Bild der tschechischen „Demokratie“.

Die tschechischen Legionäre feiern Frankreich

Prag, 16. Dezember.

Am Donnerstag veranstaltete die tschechoslowakische Legionär-Gemeinde in Prag eine feierliche Versammlung anlässlich des 20. Jahrestages der Anerkennung der selbstständigen tschechoslowakischen Armee durch Frankreich. An der Feier, in deren Verlauf Ministerpräsident Dr. Hodza, Verteidigungsminister Machník, der ehemalige Verteidigungsminister General a. D. Husek sowie der französische Außenminister Delbos Anwesenheit hielten, nahmen der tschechoslowakische Staatspräsident Benesch, Vertreter des Diplomatischen Korps und die Spitzen der Behörden teil.

In den Einleitungsworten wies General a. D. Husek darauf hin, daß am 12. Dezember 1917 die französische Regierung das Dekret herausgegeben habe, durch das die tschechoslowakischen Freiwilligen in Frankreich als selbstständige Armee anerkannt wurden. Das Blut der tschechischen und der französischen Soldaten habe sich damals gemischt, und es gäbe keine stärkeren Freunde.

Verteidigungsminister Machník unterstrich die Tatsache,

der tschechischen Legion in Russland, in der Dobrudscha und in Italien. In der russischen Armee hätten 80 000, in der französischen 90 000, in der italienischen 10 211, in der serbischen 13 650, zusammen also 90 058 tschechische Legionäre gestanden, außerdem 11 02 Soldaten tschechoslowakischer Abkunft in der englischen und 42 404 in der amerikanischen Armee.

Verteidigungsminister Machník unterstrich die Tatsache, die sich Frankreich vor 20 Jahren durch die Anerkennung der tschechoslowakischen Armee verdient habe.

Ministerpräsident Dr. Hodza betonte ebenfalls die tschechisch-französische Zusammenarbeit im Kriege. Frankreich habe die Tschechoslowakei im Kriege nicht geläufigt und werde sie auch bei der Arbeit um die internationale Friedensordnung nicht enttäuschen. Die tschechische Nation habe die letzten 20 Jahre bemüht, um ihre Position auf ihrem historischen Boden zu stärken. Die Tschechoslowakei sei daher fähig, alle ihre Verpflichtungen aus den Verträgen zu erfüllen. Das Gebiet der Tschechoslowakei ist „einer Wund Europas“, so sagte Ministerpräsident Hodza, „wo sich Deutsche und Slawen begegnen, wo sich Nationalitäten für Konflikte ebenso wie für ein friedliches Zusammenleben in Mitteleuropa ergeben.“ Die Tschechoslowakei sei sich bewußt, daß sie dem europäischen Frieden diene, wenn sie mit allen Kräften zur Sicherung der guten Beziehungen mit ihren großen Nachbarn beitrage. Bisher blieben alle Beweise aus. D. Schriftsteller.

Anschließend schilderte der französische Außenminister Delbos in Erwidern der an ihn gerichteten Anfragen, wobei er auch der Gesallenen gedachte.

Delbos von Benesch dekoriert

Am Vormittag überreichte Außenminister Delbos dem tschechoslowakischen Verteidigungsminister Machník die Abzeichen eines Großoffiziers des Ordens der französischen Ehrenlegion. Ferner stattete er dem Außenminister Dr. Krostka einen Besuch ab.

Der Präsident der Republik hat am Donnerstag den französischen Außenminister Delbos auf der Prager Burg empfangen. Benesch dekorierte den Minister Delbos mit dem Welthen-Sönen-Orden I. Klasse.

... im Wein liegt „Wahrheit“

Außenminister Dr. Krostka gab Donnerstag abend zu Ehren des französischen Außenministers Delbos ein Diner, bei dem Trümpche gewechselt wurden. Krostka betonte, daß die jahrelange intime Zusammenarbeit der Tschechoslowakei und Frankreich, die durch die Grenz-Assoziation und den sich aus ihr ergebenden Prinzipien der kollektiven Sicherheit bestimmt worden sei, für beide Länder nichts von besonderem Gewicht gewesen sei. Diese Grundsätze würden sie treu bleiben, da auf ihnen auch das seitene Bündnis beruhe. Krostka behauptete dann weiter, daß die Grenzen der Tschechoslowakei ohne Ausnahme für eine gerechte und menschliche Minderheitenpolitik im Innern (?) und für ein gutes, freundliches Verhältnis zu allen Nachbarn, ohne Ausnahme, eintreten.

Delbos versicherte in seiner Erwidern ebenfalls die tschechische Republik der Freundschaft Frankreichs. Die Verbündetheit des Regimes und Methoden dürfe die Staaten nicht hindern, in gutem Einvernehmen zu leben. Frankreich halte treu an den Verträgen mit der Tschechoslowakei fest.

Delbos sprach mit Hodza

Prag, 16. Dezember.

Das tschechoslowakische Pres-Büro teilte mit:

Der Außenminister der französischen Republik Delbos, suchte Donnerstag nachmittag um 17 Uhr den Vorsitzenden der Regierung Dr. Milan Hodza, im Ministerkabinettbüro auf. Minister Delbos begleitete der französische Gesandte in Prag, Graf de la Croix. Die Audienz wurde Dr. Hodza mit dem französischen Außenminister dauerte einhalb Stunden. Sie wurde im Geiste des völlig freundschaftlichen Einvernehmens geführt, und ihren Gegenstand bildeten alle Fragen, die gegenwärtig im Vordergrund der Interessen der europäischen östlichen Weltbildung stehen. Dr. Hodza wird morgen 11.30 Uhr den Besuch des Ministers Delbos auf der Gesandtschaft der französischen Republik erwarten.

Kadaver-Politik

Eigener Drahtbericht der „Dresden Nachrichten“

Rom, 16. Dezember.

In italienischen politischen Kreisen haben die Erklärungen Tusches erregt, die der ehemalige französische Ministerpräsident Tardieu in dem Pariser Wochenblatt „Grenzgöre“ abgegeben hat. Diese Erklärungen werden als Grabgesang für Génf bezeichnet. Nach der Feststellung Tardiefs gäbe es in Europa nur noch einen einzigen Staatmann, den französischen Außenminister Delbos, der den Völkerbund als eine Realität betrachte, und daher Frankreich Außenpolitik auf einem Grab aufbause. Die italienische Presse gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die gegenwärtige Reise des französischen Außenministers ihn zu der Einsicht bringen werde, daß der Völkerbund, wie sich „il Régime Basista“ ausdrückt, ein stinkender Kadaver sei.

Wieder Deutsch in rumänischen Staatschulen

Bukarest, 16. Dezember.

Die Regierung Tătărescu hat dieser Tage eine Verordnung erlassen, durch die an allen von deutschen Kindern besuchten Staatschulen Rumäniens der deutsche Unterricht in den gesamten Klassen wieder eingeführt wird. Über 80 000 deutsche Kinder erhalten damit nun wieder Unterricht in ihrer Muttersprache.

Der Hauptanschluß des Reichsmittelungsausschusses trat am Donnerstag im britischen Außenamt zusammen. Er behandelt eine Reihe von technischen Fragen, die mit dem Plan für die Zurückführung der Freiwilligen aus Spanien zusammenhängen. Der Ausschuß konnte keine abschließenden Beschlüsse fassen.

Hammer-Schuhe
gerneicht in Qualität, Schönheit und
Preiswürdigkeit - Allesverkauf

„Delbos wird sich nunmehr ein Bild machen können...“

Sudetendeutscher Protest gegen tschechische „Demokratie“

Prag, 16. Dezember.

Der Abgeordnete der Sudetendeutschen Partei Sandner nahm am Mittwoch in Aussicht zu dem Regierungsentwurf des Parteiauflösungsgesetzes Stellung. Der Redner wies darauf hin, daß die tschechoslowakische Regierung ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, wo der Außenminister Frankreichs in Prag eingetroffen sei, dem Parlament die Novellierung des Parteiauflösungsgesetzes vorgelegt habe, in dem Verstärkungen eintreten sollten, die nicht nur jeder Aussöhnung von Demokratie oder dem Geiste der Verfassung, sondern selbst den primitivsten Vorstellungen von politischer Verläßlichkeit widersprechen. Die Absicht der tschechoslowakischen Regierung, sich eine Gesetzesgrundlage dafür zu schaffen, künftig Parteien nicht nur als Ganze, sondern auch in einzelnen Ortsgruppen und Gliederungen aufzulösen zu lassen, ihre Amtswalter unter Polizeiaufsucht zu stellen und ihnen jede politische Betätigung zu unterstellen, mache die ohnedies schon so schwer rambonierbare Demokratie des tschechischen Staates äußerst fragwürdig. „Man hört und nicht kommt und scheint eigentlich erlaufen, die neue Gesetzesvorlage sei deswegen vorgelegt worden, um der Regierung im Notfall den Zugriff gegen eine ganze Partei zu eröffnen.“ Fazit des Abgeordneten Sandner fort: „Die Sudetendeutschen wissen sehr genau, daß hinter der beabsichtigten Novellierung

des Parteiauflösungsgesetzes zunächst bei diesem oder jenem Politiker die heimliche Absicht besteht, Möglichkeiten dafür zu schaffen, eine unbekannte Partei, deren Auflösung in ihrer Gesamtheit man aus diesem oder jenem Grund nicht riskieren will, durch eine Art恩feindliche Vertrümmierung ihres Apparates zerschlagen zu können.“

Abgeordneter Sandner legte weiter wörtlich: „Am Namen des Sudetendeutschlands müssen wir gerade heute, da der Außenminister Frankreichs als angeblich auch von England bevollmächtigter Friedensmacher als Vater unserer Regierung in Prag steht, gegen eine Verleghschaftsvorlage protestieren, die geeignet ist, jedem politisch tätigen Staatsbürger das verlassungsmäßig gewährleistete Recht zu entziehen und ihn der Vollzugsgewalt der politischen Behörden auszuliefern; wobei wir wissen, welche Bedeutung gerade in diesem Zusammenhang z. B. der Bericht eines sprachunkundigen Beamten haben kann. Herr Delbos bekommt hierdurch eine seltsame Gelegenheit, sich sein Urteil über den Vertriebungsgeist der Regierung gerade an diesem Beispiel einer von der Regierung selbst eingebrachten Verleghschaftsvorlage zu bilden. Er erhält ein Bild davon, mit welchen Mitteln man das Sudetendeutschland und die Sudetendeutsche Partei in eine Situation treibt, die dann von außenher so gern als bezeichnend für den Mangel einer Bereitschaft zur Verständigung angesehen wird.“

Das Weihnachtsgeschenk der Autobahner an den Führer

(Fortsetzung von Seite 1)

Im großen und ganzen liegt die Betriebskostenersparnis auf der Autobahn zwischen 20 und 40 v. H. gegenüber den alten Straßen.

Weiter wurden folgende Versuche unternommen: Ein Lastwagen mit Anhänger und acht Tonnen Nutzlast verbraucht auf der Autobahn 10 v. H. Benzin weniger als der leere Wagen auf der Reichsstraße; er fährt dafür auf der Autobahn um 20 v. H. schneller. Dr. Todt betonte, daß es höchstens nicht etwa um einmalige Verluste handele. Die Verluste seien 20 bis 80% angehoben; ihre Ergebnisse seien durchaus erstaunt. Auf diese Weise habe man die Wirtschaftlichkeit der Reichsautobahnen festgestellt.

Unter Berücksichtigung aller dieser Feststellungen ergab sich, daß die Ersparnis des Kraftverkehrs 20 bis 30 v. H. höher sind im Verhältnis zu dem, was für den Bau der Reichsautobahnen angewendet wird.

In der Technik hat sich für die Reichsautobahnen, wie Dr. Todt weiter ausführte, nichts Neues ergeben. Die Bauweisen, die vor vier Jahren angelegt wurden, haben sich bewährt. Es sind neue Erfahrungen gesammelt worden, aber es war nicht nötig, grundlegend von dem vor vier Jahren Begonnenen abzugehen. Verwaltungsmann hat sich die Häufigkeit der Ingenieure, die Straßen in Harmonie mit der Landschaft zu bauen. Der Ingenieur kann heute so bauen, daß die Bahnen an allen Stellen Deutschlands das schöne Landschaftsbild nicht föhren.

Dr. Todt betonte, daß die Leistung der Betriebskosten im Laufe des letzten Jahres außerordentlich anerkennens-

wert war. Wenn jetzt weitere 1000 Kilometer im Laufe eines Jahres fertig geworden sind, obwohl sich viele Schwierigkeiten in den Weg stellten — Dr. Todt erwähnte den beginnenden Mangel an Arbeitskräften und die Knappheit an Rohstoffen —, dann ist dies in erster Linie dem außerordentlichen Fleiß aller Mitarbeiter und vor allem immer wieder dem Fleiß des deutschen Arbeiters zu verdanken, der in den letzten Wochen und Monaten immer wieder die Parole gelten läßt: Wir werden mit diesen Straßen fertig, denn der 2000. Kilometer ist das Weihnachtsgeschenk des deutschen Arbeiters an den Führer. Dr. Todt betonte ausdrücklich, daß diese Parole nicht von der Zeitung ausgegeben worden sei; sie habe sich draußen im Lager gebildet und sich herumgetragen. Sie habe dazu beigebracht, daß sehr oft bei ungünstiger Witterung, bei Schnee, Wind und Regen, die Arbeiter an der Stelle geblieben sind, so daß morgen über das gefahrene Ziel hinaus sogar 200 Kilometer dem Verkehr übergeben werden können. Bekanntlich kann man bis jetzt solche Rekorde nur in Amerika an Meerestränden aufstellen. In etwa einem Jahr, so betonte Dr. Todt, werden wir in der Lage sein, die Schnelligkeitsrekorde auch in Deutschland zu setzen, und zwar im Zuge der normalen Autobahn Berlin-Leipzig.

Höchstens wies Dr. Todt darauf hin, daß sowohl von Deutschen wie von Ausländern bereits 100 Rekorde erreicht worden waren, die von neuen deutschen Autobahnen gefahren worden seien. Die Erfahrungen, die bei diesen Fahrten bisher auf der Strecke Frankfurt-Darmstadt gesammelt worden seien, seien im Laufe der Zeit ausgewertet, so daß auch der Leicht-Schnelligkeitsrekord einmal in Deutschland geschaffen werden kann. Bekanntlich kann man bis jetzt solche Rekorde nur in Amerika an Meerestränden aufstellen. In etwa einem Jahr, so betonte Dr. Todt, werden wir in der Lage sein, die Schnelligkeitsrekorde auch in Deutschland zu setzen, und zwar im Zuge der normalen Autobahn Berlin-Leipzig.

Aus dem Internationalen Arbeitsamt ausgeschieden

Italiens folgerichtiger Schritt - Der restlose Bruch mit Génf

Genf, 16. Dezember.

Im Internationalen Arbeitsamt ist am Donnerstagabend folgendes Telegramm des italienischen Außenministers Graf Ciano eingegangen:

„Rom, den 16. Dezember. — Teile Ihrem Sekretariat mit, daß die italienische Regierung unter dem Datum des 15. Dezember ihren Austritt aus der Internationalen Arbeitsorganisation notifiziert.“

Der Eingang der italienischen Mitteilung ist von demstellvertretenden Direktor des Internationalen Arbeitsamtes telegraphisch bestätigt worden.

Spannung London-Zolis im Schwebzustand

Eigener Drahtbericht der „Dresden Nachrichten“

London, 16. Dezember.

Mit der Veröffentlichung der englischen Protestnote an Japan ist am Donnerstag nach der Aufregung der letzten Tage wieder vorübergehend Ruhe in den politischen Kreisen eingetreten. Nur in einigen Zeitartikeln littert die Erregung noch nach. Abgesehen hierauf ist die Krise in einen Schwebzustand übergegangen, und in Regierungskreisen legt man sich am Donnerstag im Gegensatz zu den Vorlagen größere Zurückhaltung auf. Aufseinenmautnde man hier im Augenblick alles vermeiden, was zu einer Verstärkung der Lage beitragen könnte. Die Abschaffung des Oberbefehlsstabes der japanischen Luftstreitkräfte in Shanghai wird jedenfalls mit Genugtuung vorliegen.

Die Furcht, Del ins Heute zu geben, ist auch der Grund dafür, daß bloß noch keine amtlichen Mitteilungen über die in Asien genommene Verstärkung der englischen Seestreitkräfte in Ostasien gemacht worden sind. Daß diese Verstärkungen beschlossene Sachen sind, wird entgegen dem Mittwoch ganz allgemein angenommen, ebenso auch, daß sich unter den für Ostasien bestimmten Schiffseinheiten auch mehrere Großkampfschiffe befinden. Unter diesen Umständen ist die von der Opposition erwangene Außenpolitische Unterhandlungssache am nächsten Dienstag der Regierung nicht gerade sehr angenehm. Es ist kaum anzunehmen, daß bis zu diesem Zeitpunkt schon eine Antwort der japanischen Regierung auf die englische Note vorliegen wird, und die Vertreter der Regierung werden sich in dieser Aussprache allergrößte Zurückhaltung auferlegen müssen, während die Opposition ihrerseits die Gelegenheit ausnutzen und gegen Japan Sturm laufen wird.